

**Bezugspreis**  
für halbe monatlich bei zweimonatlicher  
Abrechnung 2.00 Mark, vierteljährlich  
5.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark  
einschl. Postgebühren. Einzel-  
nummern 15 Pf. Bei längeren Bestellungen  
von allen Besondereinstellungen ange-  
nommen. Im amtlichen Zeitungsver-  
zeichnis unter Code-Zeitung eingetrag-  
en. Für umsonst eingegangene  
Geldmanuskripte wird keine Gewähr  
übernommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe „Sozial-Zeitung“ ge-  
statet. Seine der Geschäftsleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 1143, der Verlags-Abt. Nr. 1133  
Postfach-Ronto Leipzig Nr. 4609.

# Sozial-Zeitung

Deutsches fünfzigstes Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden 6. Spalten, 34 mm Br. Milli-  
meterzeile 5.00 oder 6.00 Mark mit  
20 Pf. Berechnung u. in anderen An-  
nahmenellen u. allen Anzeigen-  
geschäften angenommen. Keflamen  
die 2. um Br. Millimeterzeile 6.00 Pf.  
Anzeigen-Annahmezeit vom  
11. Uhr, für die Sonntag-Dr. ab 8  
Uhr. Abbestellungen, soweit zur  
Lage, müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungszeit: Halle. Erscheint  
täglich 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Rau Promenade 10. Dr. Gross-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.  
Markt 24 und Groß-Ullrichstr. 52.

Nr. 496.

Halle, Mittwoch, den 22. Oktober.

1910.

## Die weitere Vernehmung Bernstorffs.

Wilson und der amerikanischen Handel. — Eine geheimnisvolle Agentenaffäre.

### Die weitere Tagung der Untersuchungs-Kommission.

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die heutige Sitzung der Untersuchungs-Kommission für die Frage der Friedensmöglichkeiten wurde mit einiger Verspätung in demselben äußeren Rahmen wie am Dienstag eröffnet. Der frühere Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg, Vizkanzler Dr. Helfferich und Staatssekretär Zimmermann waren nicht erschienen. Der Vorsitzende Abg. Wermuth eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis auf den auch von ihm als unzulänglich anerkannten Raum, in dem jetzt die Verhandlungen stattfinden. Es sei nun begründete Aussicht vorhanden, daß bereits die nächste Sitzung des Ausschusses im Sitzungssaale des Herrenhauses stattfinden werde.

Hierauf richtete der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Duda in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ersten Untersuchungsausschusses (Kriegsschuld) an den Grafen Bernstorff folgende Frage:

Der Zeuge hat gestern die außerordentlich wichtige Bedeutung gemacht, Wilson hätte in der kritischen Periode gar nicht mehr die Möglichkeit gehabt, eine Friedensvermittlung mit der Entente zu erzwingen, weil der amerikanische Handel schon so sehr mit den Interessen der Entente verbunden war, daß

Wilson diese Handelsbeziehungen unmöglich lösen konnte,

ohne einen ungeheuren Sturm in Amerika hervorzuheben. Dieser Punkt ist so ungeschwer wichtig für die Beurteilung des ganzen Verlaufes der Wilsonschen Friedensaktion, daß der Zeuge hierüber eingehender seine Ansichten mitteilen sollte. Insbesondere müßte er Beispiele anführen für die Behauptung, daß Wilson wegen der amerikanisch-ententeischen Handelsbeziehungen

keine ausgiebige Friedensvermittlung mehr unternehmen konnte.

Graf Bernstorff: Ich habe diese Bemerkung gemacht im Hinblick auf die Überzeugung der Unterredung, die ich mit dem Präsidenten Wilson nach der Lusitanien-Vernehmung hatte. In dieser Unterredung hatte Wilson sich bereit erklärt, für die Freiheit der Meere einzutreten, und sich sogar sehr bestimmt dahin ausgesprochen, daß er glaube, diese Freiheit der Meere dauernd erreichen zu können. Er hatte aber als Voraussetzung die Korderung aufgestellt, daß wir den Weltkrieg aufgeben sollten. Aber von dem Tage der Vernehmung der „Lusitania“ bis zur Vernehmung der „Sussex“ ist in Amerika niemals ein Moment gekommen, wo keine deutsch-amerikanischen Kontroversen bestanden. In diesem ganzen Jahre, vom 7. Mai 1915 bis zum 4. Mai 1916

folgte eine deutsch-amerikanische Kontroversen-Periode der anderen.

Jedemal, wenn wir glauben, irgend etwas erreicht zu haben, geschah wieder eine Verletzung oder eine Verstärkung des Unpopulären oder irgend ein anderer Vorfall, der alle Verhandlungen mit Amerika illusorisch machte. In dieser Zeit hatte ich der gesamten amerikanischen Handel auf die Entente eingestellt. Alle Bemühungen, die wir in Amerika anstellten, um zu erreichen, daß die amerikanischen Wirtschaftskräfte, besonders die Baumwollinteressen, die vorher vorwiegend nach Deutschland ausgeführt hatten, nun überseits dahin eintreten würden, daß der Handel mit Deutschland möglich wäre, kamen nicht mehr in Betracht, weil die Ansätze nach den Entente-Ländern schon so groß geworden war, daß das, was Deutschland bieten konnte, nur ein Tropfen auf den heißen Stein war. Die Verhältnisse lagen also so, daß die amerikanische Handelskommission durchweg ein Interesse daran hatte, den Handel mit der Entente aufrechtzuerhalten.

Wenn Wilson so vorgegangen wäre, daß er diesen Handel gestört hätte, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Ich erinnere mich sogar, daß bei mehreren Besprechungen im K. vorgekommen waren, was gesagt wurde, Wilson möchte doch ein Verbot auf die Ausfuhr legen. Wilson aber hat immer wieder gesagt, er könne nicht gegen die öffentliche Meinung auftreten. Das spielte eine besondere Rolle bei der Frage der bewaffneten Handelsfahrten. Es wurde damals gesagt, Wilson solle die bewaffneten Handelsfahrten von den amerikanischen Häfen entfernen und sie als Kriegsschiffe behandeln. Er hat dies immer wieder abgelehnt mit der Begründung, damit würde er den gesamten amerikanischen Handel brachlegen.

denn andere als bewaffnete Handelsfahrten gab es überhaupt nicht mehr. Die Amerikaner hätten damals keine Handelsflotte gehabt, sondern waren angewiesen auf die Handelsflotte der Entente.

### Amerika und Belgien.

Sachverständiger Geheimrat Dr. Dietrich Schäfer: Am 5. April 1916 hat sich Reichsanwalt von Bethmann-Hollweg zum ersten Male im Reichstage über die deutschen Kriegsziele ausgesprochen. Er hat über Belgien gesagt, daß

Belgien nicht wieder ein Bollwerk

in der Hand der Feinde sein dürfe, und der Reichstagsabgeordnete Dr. Spahn hat nachher im Rahmen der kaiserlichen Parteien diese Ausführungen des Reichsanwalters unterstrichen durch die Worte: „Wenn Belgien kein Bollwerk in der Hand der Feinde wieder werden dürfte, so heißt das, daß Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in unserer Hand bleiben müsse.“ Zur gleichen Zeit etwa war der verschärft und unbedingte W. Boettig in vollem Gange. Wie holen sich die amerikanischen politischen Autoritäten, insbesondere Wilson, zu diesen deutlichen Zielen gestellt?

Graf Bernstorff: Während des ganzen Krieges ist die belgische Frage die Frage gewesen, welche die Amerikaner am meisten interessiert hat, und welche die amerikanische öffentliche Meinung in erster Linie gegen uns aufgebracht hat. Bis zur Lusitanien-Vernehmung war in der ganzen antideutschen Propaganda in Amerika von nichts anderem die Rede als von Belgien. Ich weiß gar nicht daran, daß die Amerikaner auch bei der Friedensvermittlung unter allen Umständen die Forderung der völligen Wiederherstellung Belgiens gestellt hätten, daß sie an etwas anderes niemals gedacht haben und daß sie ohne diese Wiederherstellung den Frieden niemals vermittelt haben würden.

Sachverständiger Professor Hochstet: Der Zeuge ist also der Ansicht, daß die Verletzung der wirtschaftlichen Interessen Amerikas nach dem Ende hin schon im Frühjahr 1916 so klar war, daß Wilson nicht mehr gegen die öffentliche Meinung Amerikas antäufeln konnte.

Graf Bernstorff: Ja wohl! Vorsitzender Wermuth: Ich finde in den Akten eine ganze Reihe von Instruktionen, die Ihnen nahelegen, dahin zu wirken, Wilson könne überzeugt sein, daß wir Belgien später bei Friedensverhandlungen herausgeben und daß wir

unabhängig von einer Annexion nichts wissen wollten.

Glauben Sie, daß diese Instruktionen genügt haben würden, um Wilson dauernd in seiner Friedensaktion zu bestärken und daß er weiter Fortschritt von uns verlangte und es zur unabhängigen Voraussetzung gemacht hätte, daß wir nicht nur Belgien herausgeben, sondern wieder herzustellen?

Graf Bernstorff: Ich glaube, daß eine Erklärung, daß wir Belgien nicht annektieren wollen, von Wilson für den Beginn seiner Friedensaktion jedenfalls als genügend anerkannt worden wäre. Es war nur ja Wilson seine bekannte Rede im Senat vom 22. Januar nicht gehalten haben.

Abg. Prof. Schäfer: Sie sagen, daß in Amerika Sympathien für uns vorhanden waren. Diese seien immer wieder getrübt worden durch besondere Vorfälle. Wir müssen nun fragen, welche Ereignisse, abgesehen von der Auslösung des ungeschwächten U-Boot-Krieges und der Deportation der Belgier, sonst noch eingetreten sind, die die amerikanische Stimmung in einer Weise beeinflusst haben, daß immer mehr an Sympathie für eine amerikanische Friedensvermittlung verloren ging? Graf Bernstorff: Da waren allerdings Vorfälle eingetreten, die mit der Frage, die uns jetzt hier beschäftigt hat, nicht direkt im Zusammenhang stehen, mit denen ich nicht zu tun habe. Zwecklos ist aber durch diese Vorfälle die Stimmung ungünstig beeinflusst worden. So insbesondere

durch die sogenannten deutschen Ver-  
schwörungen.

Was diese anbelangt, so ist in der Unterredung des amerikanischen Senats über diese sachlich als feststehend angesehen worden, daß von deutscher Seite in Amerika Dinge veranlaßt worden sind, die sich nicht im Einklang befinden mit den amerikanischen Gesetzen.

Prof. Schäfer: Welcher Art waren die sogenannten Verchwörungen?

Graf Bernstorff: Ich gehe auf dem Standpunkt, daß der Ausdruck Verchwörung nicht berechtigt ist. Es sind wohl einzelne Handlungen vorgekommen, die nicht mit den amerikanischen Gesetzen im Einklang sind, mit denen wir drüber aber — ich jedenfalls für meine Person — nichts zu tun gehabt habe.

Abg. Prof. Schäfer: Stellen Sie diese Handlungen als gemeine Verbrechen mit politischen Motiven dar, wie z. B. Brandstiftung u. s. w.?

Graf Bernstorff: Die Verurteilungen in sämtlichen Fällen, die hier in Betracht kommen, haben festgestellt, nachdem ich die Vereinigten Staaten verlassen habe. So die Verurteilung der beiden deutschen Konsulin und anderer Herren. Inwiefern diese Angelegenheiten sachlich überprüft worden sind, weiß ich nicht. Ich weiß aber, daß seitens einiger Herren Sabotage getrieben worden ist. Inwiefern diese der Sabotage überführt wurden, kann ich nicht sagen.

(Schluß der Besprechungsnotizen.)

### Untersuchungsausschuss und Öffentlichkeit.

Das Recht der Kritik.

or. Berlin, den 22. Oktober 1910.

Der Verhandlungsbeginn des parlamentarischen Untersuchungsausschusses war für die Öffentlichkeit eine Enttäuschung gebracht insofern, als diese Öffentlichkeit sich nicht zugewandt, in Wahrheit ausgeschlossen ist. Dem Publikum, zeitgemäß eingepreßt, dem Mann aus dem Volke, ist es vollständig unmöglich, eine Eintrittskarte zu diesen Verhandlungen zu bekommen. Warum sind für die vier Untersuchungsausschüsse keine Räume des Reichstages bestimmt worden, die kaum 100 Personen fassen? Warum verwendet man z. B. nicht den Saal 12, in dem früher der Hauptausdruck lagte? Und muß sich denn alles im Reichstagsgebäude abspielen? Der Sitzungssaal des preussischen Herrenhauses wäre frei. Er ist wie geschaffen für ein politisches Tribunal erster Ordnung. So aber, wie man jetzt vorgeht, kommen alle zu kurz. Die Mitglieder der Nationalversammlung, die, weil nebenan anwesend, die größte Anteilnahme zeigen, können nur zu einem sehr geringen Teile zuhören. Die Zeitungen haben ihre Karten über das Auswärtige Amt erhalten. Da dieses sich nicht zu helfen mußte, überließ es die Verantwortung auf den Bureau-director des Reichstages, dieser wieder auf einen journalistischen Fachorganisation, die beim besten Willen die wenigen Karten nicht gerecht verteilen konnte. Außer den Zeitungen und Berichterstattern hätte man doch vor allem die führenden Persönlichkeiten der Journalistik und Publizistik hinzuziehen sollen. So aber mußte — mit Recht — zunächst die ausländische Presse bedacht werden. Bei dem Mangel an Plätzen kommt sie viel zu kurz. Im Endergebnis ist niemand zufriedener. Wer trägt die Schuld? Man sagt, der Präsident der Nationalversammlung, Herr Engelhard. Er hatte die Räume zu vergeben. Er hätte zum mindesten an die Nationalversammlung appellieren müssen, um irgend einen größeren Saal in oder außerhalb des Reichstagsgebäudes zu finden. So aber wird man die vielleicht unbedeutende Vermutung nicht los, daß die Arbeit der Untersuchungsausschüsse beschränkt und verfehlert werden soll. Und das ist dem Ausland gegenüber überaus peinlich. Gerade weil diese parlamentarischen Ausschüsse keine ordentlichen Gerichte, sondern politische Adversarialen sind, mußte ihre Tätigkeit in der allerersten Öffentlichkeit vor sich gehen. Der kommende Staatsgerichtshof, der beim Reichsgericht gebildet wird und sich aus lebenslänglichen Richtern zusammensetzt, die nach einem bestimmten, ihnen zugewiesenen Stoff urteilen, hat die große Öffentlichkeit nicht so nötig, wie die politische Vorstufe, die das Material sammelt. Geheißt dies nicht vor aller Augen, so ist das Mißtrauen da. Dierwürdig ist ja auch die Reihenfolge, in der die Untersuchungsausschüsse an die Öffentlichkeit treten. Warum sind man nicht mit dem ersten an, der die Schuld am Kriege zu unteruchen hat? Seit Wochen spricht man von den Ausgrabungsarbeiten, die Karl Kautsky im Auswärtigen Amt vorgenommen habe und die für die Untersuchungen des ersten Untersuchungsausschusses grundlegend seien. Warum läßt man nicht das Drama von der ersten Szene an: Mordat in Serajewo — abrollen? Wir wollen nicht gerade sagen, jetzt wird das Pferd am Schwanz aufgefaßt, aber dieses Herausgreifen, Vorwegnehmen, Bruchstückgeben führt schließlich zu einer heillosen Verwirrung. Was für die Öffentlichkeit bestimmt ist, muß klar und übersichtlich sein. Bei dem nun beliebten System schneidet der Zeitungsbleser alle paar Tage irgend einen Strohhalm, bald aus dieser, bald aus jener Verhandlung, und wird an dem Ganges nicht hing. Der Vorsitzende des 2. Untersuchungsausschusses (Friedensmöglichkeiten), Landgerichtsrat Abg. Wermuth richtete einen Appell an die Presse, mit ihrem Urteil über das Verhandlungsergebnis zurückzuhalten, bis die Beweisaufnahmen über einen jeden Beweispunkt erschöpft sei. Gewiß, ganz einverstanden. Die Presse weiß, was sie der Prozessordnung schuldig ist, soweit es sich um Reichstagsangelegenheiten. Aber bei den Verhandlungen der parlamentarischen Ausschüsse handelt es sich ja auch um eine Umdeutung von politischen Fragen, die bei jeder neuen Wendung, bei jeder neuen Vornehmung aufstehen. Soll das die Presse den gehörigsten Tribunalenbesucher spielen? Hat sie doch schon an der eigenartigen Gerichtsverfaltung, an der Öffentlichkeit des Verfahrens, an der Auswahl

